

Asienpolitik

FRANCO ALGERI

Die Beziehungen der Europäischen Union (EU) zu den Staaten Asiens verfestigen sich. War die europäische Asienpolitik des vergangenen Jahrzehnts durch ein deutliches Übergewicht der ökonomischen gegenüber der politischen Dimension geprägt, so zeigt sich nun, dass Asien – nicht zuletzt in Folge der Terrorakte vom 11. September 2001 – auch für die europäische Außen- und Sicherheitspolitik von Bedeutung ist. Mit der Asienstrategie von 1994 wurde der Rahmen für die europäisch-asiatischen Beziehungen festgelegt, doch die in den darauffolgenden Jahren weitreichenden Entwicklungen und Veränderungen innerhalb beider Regionen, wie auch in der internationalen Politik, verlangten nach einer Überarbeitung des Konzepts. Der Titel der im September 2001 vorgelegten Mitteilung der Kommission verspricht nun einen „Strategierahmen für vertiefte Partnerschaften“ zwischen Europa und Asien. Hierbei werden nicht nur spezifische Entwicklungen in Asien dargestellt und in Verbindung zu den Instrumenten und Aktivitäten im Bereich der Handels-, Wirtschafts- und Finanzbeziehungen, der Entwicklungspolitik und des politischen Dialogs gesetzt. Darüber hinaus wird der geographische Blickwinkel erweitert, d.h. bezog sich Asienpolitik bislang auf die Länder Südasiens, Südostasiens und Nordostasiens, kommt nun als vierte Schlüsselregion Australasien hinzu.¹ Unter Berücksichtigung einer sich erweiternden EU sieht die Kommission für die euro-asiatischen Beziehungen Handlungsbedarf bezüglich:

- eines stärkeren europäischen Engagements in der Region und weltweit, um zu Frieden und Sicherheit beizutragen;
- der Intensivierung von Handels- und Investitionsströmen;
- der Bekämpfung der Ursachen von Armut in den weniger entwickelten Regionen Asiens;
- der Stärkung von Menschenrechten, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und den Grundsätzen verantwortlichen Regierens;
- globaler Partnerschaften mit asiatischen Staaten in internationalen Gremien;
- einer Verbesserung der gegenseitigen Wahrnehmung in der jeweiligen Region.

Der Logik dieses Ansatzes folgend, finden sich diese Themen auch im Kontext des Asia-Europe-Meeting (ASEM) wieder. Eine Ende der neunziger Jahre befürchtete Lähmung des ASEM-Prozesses und seine damit einhergehende Marginalisierung wird gegenwärtig nicht erkannt. Vielmehr hat die Europäische Kommission, mit Blick auf den vierten ASEM-Gipfel im September 2002 in Kopenhagen, Vorschläge zur Verbesserung der Kooperationsverfahren vorgelegt.

DIE AUSSENPOLITIK DER EUROPÄISCHEN UNION

Die ökonomischen Entwicklungsperspektiven für Asien sind von Realismus geprägt und nach dem 11.9.2001 bleiben die Erwartungen bezüglich eines asiatischen Wirtschaftsaufschwungs gedämpft. Nur für die VR China wird ein relativ robustes Wachstum vorausgesagt, doch Unsicherheitsfaktoren bestehen, die sich zu einem großen Teil aus den notwendigen Anpassungsleistungen Chinas an die WTO-Verpflichtungen ergeben.² Dennoch ist Asien einer der wichtigsten regionalen Handelspartner der EU – belastet mit dem Manko eines Handelsbilanzdefizits.

Handelsbilanz EU – Asien, 1995-2000 (in Millionen Euro)

	EU-Exporte 2000	EU-Exporte 1995	EU-Importe 2000	EU-Importe 1995	Handelsbilanz 2000	Handelsbilanz 1995
Nordostasien	121859	86177	218260	111093	-96402	-24916
ASEAN	40055	37091	69310	34670	-29255	2421
Südasien	17660	12828	20240	12159	-2579	669
Australasien	17857	12287	11130	6672	6727	5615
Asien gesamt	197431	148384	318940	164593	-121509	-16210

Quelle: KOM (2001), 469 final, 4. September 2001.

Vor diesem Hintergrund sind die aktuellen Strategiepapiere zu einzelnen asiatischen Staaten einzuordnen, an denen sich die europäische Politik in dem Zeitraum 2002-2006 orientieren wird.³ Durch die Festlegung eines zeitlichen Rahmens, sollen die Qualität der Beziehungen und die Planungssicherheit verbessert werden.

China, Japan und die koreanische Halbinsel

Das vierte Gipfeltreffen EU-China im September 2001 in Brüssel unterstrich, dass sich in einem dichten Beziehungsgeflecht keine nennenswerten Differenzen abzeichnen. Besondere Aufmerksamkeit erfordert die Mitgliedschaft der Volksrepublik in der WTO, der sie seit dem 11.12.2001 offiziell angehört. Doch der Beitritt zur WTO verlangt von China weitreichende und nicht einfach zu erzielende Anpassungsleistungen der Wirtschafts- und Handelspolitik wie im Verwaltungsapparat. Aus der Erkenntnis, dass der chinesische Transformationsprozess noch nicht abgeschlossen ist, wurden von vornherein Übergangsfristen bei dem Abbau von Handelsschranken einkalkuliert und die EU erachtet die Unterstützung der chinesischen Regierung und Verwaltung als wichtigen Beitrag, damit China den aus dem Beitritt resultierenden Verpflichtungen nachkommen kann. Die Einbindung Chinas in ein internationales Regime kann nachhaltig auf Asien als Region ausstrahlen. Aus europäischer Perspektive wird die Mitgliedschaft Chinas in der Welthandelsgesellschaft in mehrfacher Hinsicht als wichtig erachtet: zur Förderung einer stetigen und stabilen wirtschaftlichen Entwicklung des Landes; für eine verbesserte rechtliche und soziale Lage der Bevölkerung; zur Stärkung der reformorientierten Kräfte in der chinesischen Führung.

Ebenfalls unter dem Eindruck des 11. September stand im Dezember 2001 das zehnte Gipfeltreffen EU-Japan in Brüssel, bei dem beide Seiten eine Erklärung zu beabsichtigten Maßnahmen gegen den Terrorismus und einen Aktionsplan zur euro-japanischen Zusammenarbeit unterzeichneten. Letzterer beinhaltet Vorschläge zu

friedenssichernden Aktivitäten, Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, sozialen Herausforderungen und der interkulturellen Annäherung, an denen sich die euro-japanischen Beziehungen künftig orientieren sollen.

Die Republik Korea bildet nicht nur in handelspolitischer Hinsicht, sondern auch als politischer Dialogpartner eine feste Größe in der europäischen Asienpolitik. Im ersten Halbjahr 2001 verstärkte die EU ihre Politik gegenüber Nordkorea und die Unterstützung für den Annäherungsprozess auf der koreanischen Halbinsel. Mit Blick auf die Demokratische Volksrepublik Korea richten sich die europäischen Prioritäten auf die Unterstützung beim Aufbau von Institutionen, die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen sowie die Förderung des Transportsektors. Im Dezember 2001 stimmte der Rat der Erneuerung des Abkommens mit der Korean Peninsula Energy Development Organisation (KEDO) zu, mittels derer die atomare Nichtverbreitung auf der koreanischen Halbinsel unterstützt wird. Im Zeitraum 2001-2005 wird diese Organisation durch die EU mit jährlich 20 Mill. Euro unterstützt und die EU verfügt weiterhin über einen Sitz im KEDO Executive Board.

Afghanistan und Pakistan

Während einige EU-Mitgliedstaaten in die Militäraktionen in Afghanistan direkt involviert wurden, reagierte die EU mit einer Reihe spezifischer Maßnahmen, die sich über das gesamte Spektrum der ihr zur Verfügung stehenden nicht-militärischen Möglichkeiten erstreckt und sagte Unterstützung in Höhe von 600 Mill. Euro für 2002 zu.⁴ Zur Umsetzung der EU-Politik in dem zentralasiatischen Land ernannte der Rat, im Rahmen einer gemeinsamen Aktion, im Dezember 2001 Klaus-Peter Kläiber zum ersten Sonderbeauftragten in Afghanistan; diesem folgte im Juni 2002 Francesco Vendrell. Im Mai 2002 eröffnete Außenkommissar Chris Patten die Vertretung in Kabul.

Besonders deutlich schlug sich die Afghanistan-Krise auf die Beziehungen der EU zu Pakistan nieder. Nachdem der Abschluss eines Kooperationsabkommens EG-Pakistan der dritten Generation (basierend auf der Respektierung der Menschenrechte und demokratischen Prinzipien) in den vergangenen Jahren u.a. wegen des pakistanischen Atomwaffentests, der dortigen Menschenrechtslage und der Machtübernahme durch das Militär aufgeschoben wurde, kam es am 24.11.2001 in Islamabad zur Unterzeichnung des Abkommens. Dessen Zielbeschreibung umfasst die Entwicklung des zweiseitigen Handels, die Unterstützung der Bemühungen Pakistans für eine umfassende und nachhaltige Entwicklung, Förderung von Investitionen und wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Verbindungen sowie die Entwicklung der ökonomischen Fähigkeiten Pakistans, um mit der Union effektiver zu kooperieren. In dem im Mai 2002 vorgelegten Strategiepapier sind die Entwicklung des Bildungsbereichs, die Armutsverringerung sowie die Ausweitung des Handels und die Förderung von institutionellen und Geschäftsverbindungen, zentrale Themen. Pakistan spielt in den europäischen Überlegungen eine Schlüsselrolle bei der Stabilisierung der Region, nicht nur mit Blick auf Zentralasien, sondern auch hinsichtlich einer Entspannung in den pakistanisch-indischen Beziehungen.

Südostasien

Im Rahmen des 14. EG-ASEAN joint cooperation committee konnte im September 2001 Einverständnis darüber erzielt werden, die bestehende Zusammenarbeit einer Überprüfung zu unterziehen, um die Strukturen, Mechanismen und Arbeitsweise zu verbessern. Besondere Bedeutung wird den Themen ökonomische Integration, Globalisierung und Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses bei gesellschaftlichen Fragen zugeschrieben. In den Strategiepapieren zu Indonesien, Laos, Malaysia, Osttimor, Thailand, den Philippinen und Vietnam finden sich spezifische, den Entwicklungsgrad dieser Länder betreffende Schwerpunkte für die Zusammenarbeit. Hierzu zählen u.a. good governance, nachhaltiges Management der natürlichen Ressourcen, Entwicklung ländlicher Regionen, Förderung des Erziehungs- und Gesundheitssektors, Unterstützung für Handel und Investitionen oder die Unterstützung des nation building. Weiterhin zurückhaltend gibt sich die EU gegenüber der Militärregierung in Myanmar/Birma. Im März 2002 fand die zweite offizielle Troika-Reise nach Myanmar statt und im April verlängerte der Rat die gemeinsame Aktion, in der die Sanktionsmaßnahmen gegenüber dem Land festgelegt werden, erneut um weitere sechs Monate.

Bewertung

Die europäische Asienpolitik wird zunehmend von geopolitischen Interessen mitbestimmt und ist Ausdruck einer aktiv auftretenden EU. Neben den handels-, wirtschafts- und finanzpolitischen Beziehungen sowie entwicklungspolitischen Maßnahmen kann sich die EU nicht länger vor sicherheitspolitischem Engagement in Asien verschließen. Im Sinne eines umfassenden Verständnisses von Sicherheit und besonders bei der Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus sind die Bereiche GASP/ESVP wie auch Innen- und Justizpolitik betroffen. Im Bereich der nichtmilitärischen Maßnahmen entwickelt sich die EU nunmehr zu einem ernstzunehmenden Akteur in Asien.

Anmerkungen

1. KOM (2001), 469 final, 4. September 2001.
2. Vgl. Asian Development Bank: Asian Development Outlook 2001 Update, Manila 2001.
3. Für den Zeitraum 2002-2006 liegen Strategiepapier zu folgenden asiatischen Staaten vor: Bangladesch, China, Indonesien, Laos, Malaysia, Mongolei, Osttimor, Pakistan, Philippinen, Thailand, Vietnam; Strategiepapier 2001-2004 zu Nordkorea; unter: http://europa.eu.int/comm/external_relations/sp/index.htm.
4. 400 Millionen seitens der Mitgliedstaaten und 200 Millionen von der Kommission.

Weiterführende Literatur

- Algieri, Franco: Die Europäische Union und China, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Europa Handbuch, Gütersloh 2002, 2. Auflage, S. 741-758.
- Anderson, Stephanie: The changing nature of diplomacy. The European Union, the CFSP and Korea, in: European Foreign Affairs Review, Vol. 6, 2001, S. 465-482.
- Drifte, Reinhard: Japan and the European Union, in: Inoguchi Takashi und Purnendra Jain (Hrsg.): Japanese foreign policy today, New York, 2000, S. 194-208.
- Reiterer, Michael: The Asia Europe Meeting (ASEM). The importance of the fourth ASEM Summit in light of 11 September, in: European Foreign Affairs Review, Vol. 7, 2002, S. 133-152.
- The China Quarterly: Special Issue 'China and Europe since 1978. A European perspective', März 2002.